

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	20.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Jugendunruhen, Lehrkräfte
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Ackermann, Nadja
Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Bernet, Samuel
Bernhard, Laurent
Bühlmann, Marc
Ehrensperger, Elisabeth
Gsteiger, Christian
Mosimann, Andrea
Porcellana, Diane
Schär, Suzanne
Zumofen, Guillaume

Bevorzugte Zitierweise

Ackermann, Nadja; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Bernet, Samuel; Bernhard, Laurent; Bühlmann, Marc; Ehrensperger, Elisabeth; Gsteiger, Christian; Mosimann, Andrea; Porcellana, Diane; Schär, Suzanne; Zumofen, Guillaume 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Jugendunruhen, Lehrkräfte, 1995 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Rechtsordnung	1
Öffentliche Ordnung	1
Infrastruktur und Lebensraum	1
Umweltschutz	1
Klimapolitik	1
Sozialpolitik	2
Bevölkerung und Arbeit	2
Kollektive Arbeitsbeziehungen	2
Soziale Gruppen	2
Kinder- und Jugendpolitik	2
Bildung, Kultur und Medien	3
Bildung und Forschung	3
Grundschulen	3
Berufsbildung	10
Hochschulen	10
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	10
Parteien	11
Grosse Parteien	11
Verbände	11
Bildung	11

Abkürzungsverzeichnis

EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
APK-NR	Aussenpolitische Kommission des Nationalrates
LCH	Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
PH	Pädagogische Hochschule
EKKJ	Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen
WEF	World Economic Forum
VPOD	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
WBK-NR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
Fedpol	Bundesamt für Polizei

CDIP	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
CPE-CN	Commission de politique extérieure du Conseil national
LCH	Association faitière des enseignantes et enseignants de Suisse
HEP	haute école pédagogique
CFEJ	Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse
WEF	World Economic Forum
SSP	syndicats des Services publics
CSEC-CN	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national
Fedpol	Office fédéral de la police

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Rechtsordnung

Öffentliche Ordnung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.2010
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2010 fanden **14 Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten statt. An zwei Kundgebungen nahmen mehr als 5000 Personen teil. Im März demonstrierten rund 6000 Personen auf dem Bundesplatz für die Gleichstellung der Geschlechter und im April unterstützten rund 5000 Personen die Solidaritätskundgebung für Tibet in Zürich. In Bern fanden acht Grossdemonstrationen statt, in Genf und Zürich je zwei, in Freiburg und in Gösigen je eine. Im Gegensatz zum Vorjahr, als bei 25 Grossdemonstrationen mehrheitlich aussenpolitische Fragen bewegt hatten, standen 2010 vermehrt spezifische Interessen einzelner Gruppen im Vordergrund: neben Gleichstellungsfragen waren etwa Proteste von Wirten gegen die Mehrwertsteuer, von Lehrern für bessere Arbeitsbedingungen, von Postangestellten gegen Poststellenabbau und Rationalisierung, von Jugendlichen für Genfer Konzertlokale oder von Velofahrern gegen den Autoverkehr Gründe für die Protestaktionen. Darüber hinaus bewegten Solidaritätskundgebungen für verfolgte Christen und für Ausländer, darunter die Protestdemonstration gegen die Annahme der Ausschaffungsinitiative. In Gösigen demonstrierten rund 4000 Personen gegen das AKW und in Bern nahmen etwa 1000 Linksautonome am antifaschistischen Abendspaziergang teil.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 12.12.2012
NADJA ACKERMANN

Am 11. März fand in Mühleberg die dritte Manifestation **„Menschenstrom gegen Atom“** statt. Tausend Menschen forderten friedlich die sofortige Abschaltung der AKW Mühlenberg und Beznau. Ebenfalls im März demonstrierten in der Bundeshauptstadt 4000 **Physiotherapeuten** für höhere Leistungstarife, welche seit vierzehn Jahren nicht mehr angepasst worden sind. Für bessere Arbeitsbedingungen demonstrierten auch die St. Galler Volksschullehrer. Am 12. Dezember forderten 15'000 Lehrerinnen und Lehrer weniger Arbeitsaufwand für Lehrkräfte. In Bern fand unter dem Namen **„Tanz dich frei“** in der Nacht auf den 4. Juni die grösste Jugenddemonstration seit 25 Jahren statt. Rund 10'000 Jugendliche nahmen am via Facebook organisierten, unbewilligten, aber tolerierten Anlass teil, um gegen die Trägheit des Berner Nachtlebens zu demonstrieren. Am 23. Juni fand in Bern ein Protestzug von rund 5000 Personen gegen die **Verschärfung des Asylrechts** statt. Der Anlass war eine Antwort auf die vom Nationalrat gutgeheissene Revision des Asylrechts, nach welcher Asylsuchende nur noch Not- statt Sozialhilfe beziehen können. Im August haben in Bern gegen 1000 Personen für die Rechte von **Nicht-Heterosexuellen** demonstriert.²

Infrastruktur und Lebensraum

Umweltschutz

Klimapolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.01.2019
DIANE PORCELLANA

Des milliers de gymnasiens, d'universitaires et d'apprentis sont descendus dans les rues des principales villes pour exprimer leur inquiétude pour le climat. Sur les pancartes figuraient des revendications comme la sortie des énergies fossiles, zéro émission de gaz à effet de serre d'ici 2030 ou la proclamation d'un état d'urgence climatique national. La démarche a été saluée par la collégienne suédoise Greta Thunberg, visage de la lutte contre le réchauffement climatique. L'écologiste s'était exprimée lors de la COP24 et a prononcé un discours lors de la dernière édition du WEF. Le 2 février, la manifestation s'est répétée, cette fois en dehors des heures de cours. Le mouvement s'organise et se structure peu à peu. Des groupes de jeunes rencontrent les autorités et leur fournissent des idées pour lutter contre le réchauffement climatique. Le 15 mars, une nouvelle **«grève pour le climat»** est prévue, dans une quarantaine de pays.³

Sozialpolitik

Bevölkerung und Arbeit

Kollektive Arbeitsbeziehungen

ANDERES
DATUM: 13.02.2012
LAURENT BERNHARD

Dans le canton de **Schaffhouse**, près de 300 enseignants ont fait grève le 13 février. Les températures glaciales ne les ont pas empêchés de défiler devant le bâtiment du Département cantonal de l'instruction publique afin d'obtenir de meilleures conditions de travail.⁴

Soziale Gruppen

Kinder- und Jugendpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.03.1995
MARIANNE BENTELI

Auf Einladung der Kommission tagten im Frühjahr rund 100 Jugenddelegierte, Sozialarbeiter, Behördenmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter von Jugendgremien in Biel, um unter dem Titel "Jugendarbeit auf Sparflamme - ein Spiel mit dem Feuer?" den heutigen Stand der Jugendarbeit kritisch zu durchleuchten. Sie bedauerten, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der finanzielle Druck zu drastischen Sparübungen in der Jugendarbeit führe, obgleich allen Fachleuten klar sei, dass dies - bei zunehmender Jugendarbeitslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektiven für die jungen Menschen - unwiederbringliche Schäden für die gesamte Gesellschaft nach sich ziehen werde. Sie forderten deshalb in einem "**Jugendmanifest**" eine Verfassungsgrundlage für jugendpolitische Ziele und Massnahmen sowie ein Rahmengesetz auf Bundesebene, das die Kantone zur Umsetzung einer griffigeren Jugendpolitik verpflichten soll.⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 19.12.2007
MARIANNE BENTELI

Die meisten Vorstösse befassten sich in der einen oder anderen Form mit dem in den letzten Jahren stark thematisierten Problem der **Jugendgewalt**. Diese Frage nahm dementsprechend bereits in der allgemeinen Debatte einen breiten Raum ein. Dabei kam klar zum Ausdruck, dass die Eindämmung der Jugendgewalt eine Querschnittsaufgabe aller Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) und Bereiche (Elternhaus, Schule, Ausländerintegration) ist, dass es einerseits darum geht, auch repressive Massnahmen ins Auge zu fassen, dass aber andererseits auf dem Gebiet der Prävention noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen nach dem Motto „fordern und fördern“, welches schon die Ausgestaltung des neuen Ausländergesetzes geprägt hatte. Je nach politischer Ausrichtung der Parteien wurde eher der eine oder der andere Aspekt in den Mittelpunkt gerückt.

BERICHT
DATUM: 25.08.2009
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr wurden auch mehrere Studien zur **Gewalttätigkeit von Jugendlichen** veröffentlicht. Eine Untersuchung des Bundesamts für Polizei (FedPol) zeigte, dass es in der Schweiz rund 500 jugendliche Intensiv- oder Mehrfachtäter gibt. Dabei handelt es sich um Jugendliche, die eine - je nach Kanton unterschiedliche - Anzahl von Gewalttaten innerhalb eines definierten Zeitraums begangen haben. Das FedPol zeichnete in seinem Bericht auch ein Profil dieser Täter, sie sind meist männlich, jünger als 25 Jahre, stammen mehrheitlich aus bildungsfernen Schichten mit Migrationshintergrund und leben in problematischen Verhältnissen - in Bezug auf Familie, Schule, Arbeit und Drogenkonsum. Gemäss einer weiteren Untersuchung, welche die Universität Zürich im Auftrag des Kantons Sankt Gallen erstellt hat und bei der 5200 Jugendliche befragt wurden, haben bereits 26% der 15-16-Jährigen Erfahrungen als Gewalttäter. Bei den selbst deklarierten Delikten handelt es sich um Körperverletzungen, Gruppenschlägereien, Raub und sexuelle Gewalt. Generell sind die Täter dreimal häufiger männlich; Jugendliche, die in erster oder zweiter Generation in der Schweiz leben, üben doppelt so oft Gewaltdelikte aus wie solche ohne Migrationshintergrund.⁶

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Bildung und Forschung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 26.01.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Die **kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren** stellten zu Beginn des Berichtsjahres **sieben Thesen** auf, die alle in Richtung einer vermehrten Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Ausbildungsstätten der Schweiz zielen. Die Thesen enthalten unter anderem die Forderung nach einem praktischen Austausch zwischen Schulen aller Stufen und Unternehmen aller Grössen zur Schärfung des Bewusstseins der Jugend für die eigene Abhängigkeit von ökonomischer Wohlfahrt. Im weiteren wird mit dem Thesenpapier ein besserer Einblick der Lehrkräfte in Unternehmenswelten, die Infragestellung der langen Ausbildungsdauer sowie mehr Durchlässigkeit der Bildungswege insbesondere auf der Tertiärstufe verlangt.⁷

MOTION
DATUM: 29.04.2009
ANDREA MOSIMANN

Zwei praktisch gleichlautende Motionen forderten die Einführung einer **behördlichen Meldepflicht an Lehrkräfte** bei Straftaten von Schülern während der obligatorischen Schulzeit sowie ein Akteneinsichtsrecht für Schulleitungen von Gymnasien oder Berufsschulen und Ausbilder in Betrieben. Die Motion Föhn (svp, SZ) wurde vom Nationalrat in der Aprilsession diskussionslos mit 120 zu 51 Stimmen abgelehnt. Ein Vorfall im Herbst – drei Schüler der Weiterbildungs- und Berufswahlschule Küsnacht (ZH) hatten auf ihrer Abschlussreise in München einen Geschäftsmann fast tot geprügelt – bewog Jenny (svp, GL) dazu, an seiner Motion festzuhalten. Im Nachhinein wurde nämlich bekannt, dass die drei Schüler vorbestraft waren. Trotz dem Ereignis in München wurde die Motion Jenny vom Ständerat mit 19 zu 7 Stimmen abgelehnt.⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.06.2014
GUILLAUME ZUMOFEN

L'année 2014 a été marquée par un malaise perceptible au sein de la **profession d'enseignant**. Face aux nombreuses réformes scolaires et aux coupes budgétaires, plusieurs études ont signalé un épuisement physique et psychique d'enseignants qui jouent souvent aux funambules sur la corde de la dépression. De plus, l'association faitière des enseignantes et enseignants de Suisse (LCH) a mis en lumière la baisse des salaires des enseignants, respectivement à d'autres métiers. Ce rapport de la LCH a connu un fort écho dans le domaine de l'éducation.⁹

Grundschulen

KANTONALE POLITIK
DATUM: 05.01.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Mit seinen Urteilen zu Fällen in drei Kantonen stützte das Bundesgericht den Grundsatz, dass die tieferen **Löhne der Kindergärtnerinnen** gegenüber den Löhnen der Primarlehrer nicht diskriminierend seien, solange nicht zu grosse Differenzen entstünden. Das Bundesgericht wies entsprechende Beschwerden der Kindergärtnerinnen in den Kantonen Schwyz und Thurgau ab. Abgewiesen wurde zudem die Beschwerde der Zürcher Kindergärtnerinnen gegen einen Entscheid des Zürcher Verwaltungsgerichts, in welchem eine Lohndifferenz von 18 Prozent aufgrund der unterschiedlichen Arbeitspensen und der unterschiedlichen Wertigkeit der Arbeit als zulässig befunden worden war. Die Lausanner Richter machten Unterschiede bei den Arbeitspensen, die längere Ausbildungszeit und die breitere Berufsausbildung der Primarlehrer geltend, welche nichts mit geschlechtsdiskriminierenden Bewertungs- und Vergleichskriterien zu tun hätten.¹⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.02.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Anfangs des Berichtsjahres stellte der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) **zehn Thesen zur Lehrerbildung** auf. Trotz der laufenden Reformbemühungen und der Arbeit der Kantone am Aufbau von Pädagogischen Hochschulen sei der föderalistisch und katholisch-kirchlich motivierte Widerstand gegen eine Zentralisierung der Lehrerbildung insbesondere in der Innerschweiz noch stark. Der VPOD plädierte nicht nur für die Abschaffung des Bildungsföderalismus, sondern auch für eine Einbindung aller Lehrkräfte – inklusive Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern – in eine Ausbildung mit gesamtschweizerischen Qualitätsstandards auf Universitätsniveau. Diese Ausbildung sei mehrsprachig und interkulturell zu gestalten und müsse Forschung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten mit einschliessen, damit der Berufsabschluss auch Perspektiven eröffne.¹¹

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 06.06.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Im Juni stellten die Bildungsdirektorin des Kantons Jura und ihre beiden Amtskollegen aus Bern und Neuenburg das Projekt für eine gemeinsame **Pädagogische Hochschule (HEP-BEJUNE)** vor, die ab August 2001 die Lehrerausbildung für alle drei Kantone mit Zweigstellen in La Chaux-de-Fonds, Porrentruy und Biel gewährleisten soll.¹²

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 09.06.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Unter dem Stichwort «Schulmisere» wurde im Berichtsjahr nach den Gründen für den grassierenden **Lehrermangel** gefragt. Dabei drehte sich die Diskussion insbesondere um die wachsende Belastung und Überforderung der Lehrkräfte, um die Abschiebung der Verantwortung weg von den Eltern an die Lehrerinnen und Lehrer, um den wenig motivierenden Spardruck sowie um die schlechten Berufsaussichten der Lehrerschaft. An den Volksschulen waren vor allem Realschulen und Kleinklassen – bei den weiterführenden Schulen die Fächer Mathematik, Physik und Wirtschaftswissenschaften – vom Mangel an Lehrkräften betroffen. Laut einer Umfrage des Verbandes «Lehrerinnen und Lehrer Schweiz» (LCH) bei den Kantonen bezeichneten 13 der 14 Befragten die Lage als angespannt. Wegen Engpässen würden ausländische Lehrkräfte angestellt oder Umteilungen zwischen den Stufen vorgenommen. Sowohl in Zürich als auch in Bern kam es zu **Proteststreiks** der Volksschullehrerschaft gegen die kantonalen Lohnpolitiken, schwierige Arbeitsbedingungen und die Einführung zusätzlicher Pflichtstunden. Dabei sollten die Aktionen weniger auf einzelne politische Massnahmen als vielmehr auf lang anhaltende Missstände hinweisen – so zum Beispiel auf die Tatsache, dass immer mehr Lehrkräfte immer häufiger unter einem Burn-out litten. Erstmals war eine Protestaktion von über 2'000 Eltern und Schulkindern, die in Bern gegen die Sparmassnahmen des Kantons im Bildungsbereich demonstrierten. In einer Petition mit 13'000 Unterschriften forderten sie ein Rückgängigmachen des bereits erfolgten Abbaus von Lektionen und einen Verzicht auf weitere Sparmassnahmen.¹³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 10.08.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Grosse Bedeutung wurde den Ergebnissen einer breit angelegten Untersuchung zur Lehrerbildung in der Schweiz zugewiesen, gerade weil das Thema in Europa noch kaum Objekt empirischer Forschungen darstellte. Die Studie „Die Wirksamkeit der **Lehrerbildungssysteme in der Schweiz**“ war im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 33 „Die Wirksamkeit unserer Bildungssysteme“ erstellt worden und umfasste die Befragung von über 3000 Personen – Studierende, Lehrkräfte aller Stufen, Ausbilder und Schulexpertinnen – während der Neunziger Jahre in der Deutschschweiz. Die beunruhigenden Resultate der Studie zeigten eine sehr schlechte Vorbereitung der angehenden Lehrkräfte auf Alltagsprobleme wie Burn-out oder Stressverarbeitung und Konfliktbewältigung. Wenn sich die Studierenden zwar recht zufrieden mit der Ausbildung zeigten, fühlten sie sich tendenziell unterfordert und mit theoretischem Wissen von geringem Nutzen für den Berufsalltag konfrontiert. Die befragten Expertinnen und Experten der Lehrerbildung – Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, Leiterinnen und Leiter von Ausbildungsinstituten, Erziehungswissenschaftler, Mitglieder der EDK-Kommissionen und Leitende wichtiger Berufsverbände – plädierten in ihren Empfehlungen für eine strengere Selektion bei der Ausbildung, für Evaluationen der Ausbildungsstätten aufgrund einheitlicher Standards, für den Einsatz neuer Medien und für wirtschaftliches Denken im Sinne eines ökonomischen Umgangs mit und einer effizienten Nutzung von Zeit.¹⁴

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 03.11.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Ende Jahr präsentierte die Zürcher Bildungsdirektion die Resultate einer in ihrem Auftrag durchgeführten Erhebung der **Lehrerarbeitszeiten**. Die Studie, in deren Rahmen sämtliche 18 000 Zürcher Lehrkräfte befragt worden waren, zeigte, dass Lehrerinnen und Lehrer auf praktisch allen Schulstufen im Durchschnitt mehr als 42 Wochenstunden arbeiten. Von der Primarschulunterstufe bis zur Mittelschule variierte die Arbeitsbelastung kaum, wobei aber starke individuelle Unterschiede zu verzeichnen waren. Der Durchschnitt bei Lehrkräften an den Sekundarschulen beispielsweise lag bei knapp 47 Stunden pro Woche. Die Berufsverbände sahen sich in ihren Forderungen nach einer Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer bestätigt. Die Bildungsdirektion kommentierte die Ergebnisse jedoch zurückhaltend und betonte die Wichtigkeit differenzierter Massnahmen statt einer generellen Anpassung der Pflichtstunden.¹⁵

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 03.11.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Die EDK stellte ein Inkrafttreten des **Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)** ab 1.1.2002 in Aussicht. Die Führungsverantwortung für die Teilschulen in Luzern, Schwyz und Zug wurde den Bildungsdirektoren der Konkordatskantone übertragen. An allen drei Standorten sind Ausbildungen für Kindergarten und Primarschule – in Luzern zudem eine Ausbildung für die Sekundarstufe I und für Schulische Heilpädagogik – vorgesehen. Die Kantonsparlamente wurden angehalten, im Laufe des Jahres 2001 über einen Beitritt zum Konkordat zu befinden. Der Zuger Regierungsrat beschloss, den Zuger Ableger der PHZ im Seminar St. Michael in Zug und das Kurzzeitgymnasium unter kantonaler Trägerschaft im Seminar Bernarda in Menzingen zu realisieren.¹⁶

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 04.11.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung bekräftigten die Erziehungsdirektorin des Kantons Solothurn und ihr Aargauischer Amtskollege das Ziel, die seit Jahren bestehende **Kooperation zwischen Solothurn und Aargau** im Bereich der Lehrerbildung auf die Entwicklung der neuen Fachhochschulstudiengänge, auf den gemeinsamen Einsatz von Lehrenden sowie auf die Planung und Realisierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten auszudehnen.¹⁷

KANTONALE POLITIK
DATUM: 23.11.2000
ELISABETH EHRENSPERGER

Das basellandschaftliche Lehrerseminar stellte ein Pilotprojekt für einen neuen Primarlehrer-Ausbildungsgang vor. Unter dem Titel **„Flexible Ausbildung von Lehrkräften für die Primarschule“** wurde ab Sommer 2001 ein Lehrgang in Aussicht gestellt, der einerseits die Präsenzzeit am Seminar auf zwei Tage pro Woche reduziert, andererseits die Ausbildung via Internet und in strukturierten Lerngruppen ausbaut. Das unter dem Patronat der EDK stehende Projekt richtete sich auch an Personen, die nicht in Baselland wohnen. Es sollte drei oder allenfalls vier Jahre mit einem anschliessenden Semester zur berufsbegleitenden Einführung dauern und strebte einen hohen Grad an Flexibilität und Selbstbestimmung der Primarlehrerinnen und -lehrer an.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 29.11.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Mitte des Berichtsjahres kritisierte und relativierte die EDK die Hochrechnungen des LCH betreffend vakanter Lehrerstellen insbesondere auf der Sekundarstufe I und im Bereich der Sonderschule. Der vor allem für die Kantone Aargau, Bern, Luzern und Zürich prognostizierte Lehrermangel musste entdramatisiert werden, fehlten doch statt den vorausgesagten 1000 Lehrkräften bloss einige Dutzend. Trotz dieser positiven Entwicklung warnte der LCH davor, an eine grundsätzliche Trendwende zu glauben. Das Hauptproblem – der **Attraktivitätsverlust des Lehrberufes** – sei längst nicht aus der Welt geschafft. Auch die EDK räumte einen gewissen Handlungsbedarf ein, sei doch die Verweildauer im Beruf tatsächlich kürzer geworden, der Trend zu Teilzeitpensen sowie der Personalbedarf angesichts der anstehenden Einführung von neuen Modellen wie der Blockzeiten gestiegen. Aus diesen Gründen stellte die EDK langfristige Massnahmen auf drei Ebenen in Aussicht: Einerseits soll das Berufsbild der Lehrpersonen dank einem Ausbau der Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten gestärkt werden; andererseits soll die systematische Erfassung der Anzahl offener Stellen für mehr Transparenz sorgen und als Grundlage einer Lehrbedarfsprognose dienen. Schliesslich stellte die EDK eine nationale Imagekampagne zur Aufwertung des Lehrberufs in Aussicht. Prioritär seien dabei ein besseres Sozialprestige und die Rückbesinnung auf das pädagogische Kerngeschäft – in Abgrenzung zum Trend, die Schule als Sozialberatungsstelle zu missverstehen. Der LCH stand der Idee einer Kampagne eher kritisch gegenüber und fasste seine Forderungen in zwei Resolutionen zusammen: eine Lohnerhöhung um 15%, Pensenreduktionen, die Stärkung der Autorität der Lehrpersonen sowie gesetzlich abgesicherte Ordnungs- und Unterstützungshilfen bei „schwierigen Fällen“ zur Sicherstellung eines geordneten und strukturierten Schulbetriebs. Hingegen lehnte der LCH eine Erhöhung der Klassengrössen, eine Erweiterung der Unterrichtsverpflichtungen und tiefere Anforderungen für die Zulassung zur Grundausbildung strikte ab. Auf Seiten der Kantone wurden Internet-Stellenbörsen eingerichtet sowie Wiedereinsteigerkurse und Umschulungen angeboten. Ende des Berichtsjahres schien die Notlage laut einer von der EDK vorgestellten und breit angelegten Umfrage entschärft. Um künftige Engpässe zu vermeiden, seien jedoch weiterhin eine Stärkung des Berufsbildes und innovativere Rekrutierungsstrategien nötig. Die Studie soll zugunsten einer echten Vergleichbarkeit jährlich durchgeführt werden.¹⁹

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 12.12.2001
ELISABETH EHRENSPERGER

Die **Finanznot** der vom Bund anerkannten **Schweizerschulen im Ausland** war auch im Berichtsjahr Schwerpunktthema am traditionellen Treffen derer Schulleiter und Präsidenten. Gemäss einer vom Komitee für Schweizerschulen im Ausland extern in Auftrag gegebenen Finanzanalyse, war eine Aufstockung des 1995 um vier Mio Fr. gekürzten Subventionsrahmens vonnöten, um eine akute Gefährdung der Bildungsinstitutionen zu verhindern. 9 der 17 Schweizerschulen hatten im Jahr 2000 rote Zahlen geschrieben; 1996 waren es noch drei gewesen. Die Analyse zeigte zudem, dass dringend notwendige Investitionen zurückgestellt wurden und einzelne Schulen von der Substanz lebten. Der Auslandschweizerrat sah damit das qualitativ hochstehende Bildungsangebot als ein Eckpfeiler schweizerischer Präsenz im Ausland gefährdet. In einer Resolution forderte er im Frühjahr eine entsprechende Erhöhung des Bundeskredites von gegenwärtig 15 auf 20,8 Mio Fr.. Im Mai hiess die APK des Nationalrates eine Motion gut, die eine Aufstockung der Bundesbeiträge gemäss Vorschlag des Auslandschweizerrats verlangt. Im Rahmen der Budgetdebatte einigten sich National- und Ständerat auf eine Krediterhöhung um 2 Mio Fr..²⁰

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.01.2002
MARIANNE BENTELI

Erstmals in der Schweiz wurde im Kanton Basel-Stadt eine umfassende **Analyse** der Arbeitsbedingungen, Belastungen und Befindlichkeiten der **Lehrerschaft** durchgeführt. Erfasst wurden alle Lehrpersonen von den Kindergärten bis zu den Gymnasien sowie KV und Berufsschulen. Positiv fiel auf, dass der Beruf an sich vor allem hinsichtlich Verantwortung, Anforderungsvielfalt und Tätigkeitsspielraum durchaus geschätzt wird. Als Defizite im Berufsalltag wurden die fehlende Kultur der Offenheit und Toleranz, geringe Mitsprachemöglichkeiten und das eher niedrige Niveau der Löhne genannt. Zu schaffen machte der Lehrerschaft aber vor allem die zunehmende Belastung. 71% der Lehrkräfte erachteten das Verhalten schwieriger Schülerinnen und Schüler als stark bis sehr stark belastend. Es folgten die Heterogenität der Klasse (55%), Verpflichtungen ausserhalb des Unterrichts (54%) und administrative Pflichten (53%). Auf die zunehmende Belastung zurückgeführt wurde, dass sich bei fast einem Drittel der Lehrkräfte Merkmale des **Burnout-Syndroms** – emotionale Erschöpfung (29.6%), reaktives Abschirmen (27.4%) und verminderte Zuwendungsbereitschaft gegenüber Schülern (21.6%) zeigten. Als Verbesserungen wünschten sich die befragten Lehrpersonen eine zeitliche Entlastung für Aufgaben ausserhalb des Unterrichts (85%), mehr Geld für die Schule (81%), eine Reduktion der Pflichtstundenzahl und vermehrte Unterstützung (je 76%), ein besseres Image der Schule (68%) und eine Verkleinerung der Klassengrössen (62%).²¹

ANDERES
DATUM: 20.06.2002
MARIANNE BENTELI

Einstimmig überwies der Ständerat eine Empfehlung seiner WBK, die den Bundesrat ersucht, das **Schweizerische Institut für Berufspädagogik** in das System der schweizerischen Hochschulen zu integrieren.²²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 30.08.2002
MARIANNE BENTELI

Die von der EDK im Vorjahr eingesetzte „Task Force Lehrerberufsstand“, die Massnahmen zur **Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs** erarbeiten sollte, stellte im Sommer ihre Vorschläge in Form von neun Thesen vor. Viele Betroffene meinten allerdings, die Thesen seien ein ziemlich nebulöses Konstrukt mit vielen geschwollenen Begriffen („Gesellschaftsarbeiterin“, „Menschenbildnerin“, „Agentin der sozialen Integration“, „Kulturwirt“). Nur eine einzige These des Papiers war der eigentlichen Kernkompetenz des Lernens und Lehrens gewidmet. Sie enthielt zumindest eine klare Forderung: Der Allrounder, der von allem ein bisschen kann, gehört der Vergangenheit an. Lehrer sollen künftig Fachleute mit individuellem Profil sein. Das sei die beste Garantie, dass der Pädagogenberuf nicht mehr in eine Sackgasse führe und ausgebrannte Lehrer noch umsteigen könnten.²³

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 05.11.2002
MARIANNE BENTELI

Eine vom Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) in Auftrag gegebene Studie über die Zufriedenheit von Deutschschweizer Lehrpersonen kam zu einem ähnlichen Befund. Wichtigstes Resultat war, dass die **Attraktivität des Pädagogenberufs weiter abnimmt**. Nur noch etwa zwei Drittel aller Lehrer (71%) würden sich noch einmal für diesen Beruf entscheiden. Das sind 4% weniger als bei einer 1990 durchgeführten Umfrage. Besonders ausgeprägt ist der Schulfrust bei Lehrkräften mit Vollpensum, bei männlichen Pädagogen und bei Lehrern an der Oberstufe (7. bis 9. Schuljahr). Wie die Studie zeigte, macht den Lehrern vor allem das veränderte soziale Umfeld zu schaffen. Die Zunahme von erzieherischen Aufgaben erschwert den

Unterricht und schafft Stress. Der wachsende Reformdruck bringt zusätzliche Unruhe in die Klassen und absorbiert Energien, die beim eigentlichen Kerngeschäft fehlen. Auf die Motivation drücken zudem das schlechte Image des Lehrerberufs, fehlende Aufstiegschancen und stagnierende Löhne.²⁴

KANTONALE POLITIK
DATUM: 21.06.2003
ELISABETH EHRENSPERGER

Mitte des Berichtsjahres legten die **Zürcher Lehrkräfte mit einer grossen Protestaktion** die Schulen lahm. Rund 5700 Lehrerinnen und Lehrer streikten und gingen auf die Strasse, um gegen die geplanten Sparmassnahmen des Regierungsrates zu protestieren. Die Sparpläne, welche Teil eines Sanierungsprogramms der Zürcher Kantonsfinanzen waren, sahen unter anderem die Erhöhung der Richtwerte für die Klassengrössen um drei auf 28 Schulkinder vor.²⁵

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 20.02.2004
MAGDALENA BERNATH

Um zu verhindern, dass **pädophile Lehrer** in anderen Kantonen eine Stelle antreten, führt die EDK eine schwarze Liste. Die Datenschutzbeauftragten wiesen die EDK darauf hin, dass ihr für diese Art der Datensammlung die nötige gesetzliche Grundlage gemäss kantonalen Datenschutzgesetzen fehle. Zudem stellten sie die Verhältnismässigkeit der Massnahme und die vorgesehene Datenbearbeitung in Frage. Die Erziehungsdirektoren beschlossen, die Liste trotzdem weiterzuführen.²⁶

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 24.11.2004
MAGDALENA BERNATH

Die Fachhochschulen Aargau, Solothurn und beider Basel beschlossen, künftig im Bereich der **Bildungsforschung und -entwicklung** zusammenzuarbeiten.²⁷

KANTONALE POLITIK
DATUM: 26.11.2004
MAGDALENA BERNATH

Mehrere Kantone verfügten als letzte Massnahme gegen **renitente Schülerinnen und Schüler** den Ausschluss vom Unterricht bis zu mehreren Wochen. Viele Gemeinden stellten Schulsozialarbeiter an, damit sich die Lehrkräfte vermehrt wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der Vermittlung des Schulstoffes, widmen können.²⁸

BERICHT
DATUM: 26.02.2005
MAGDALENA BERNATH

Seit Januar 2004 führte die EDK eine **Liste von Lehrpersonen ohne Unterrichtsbefugnis** (pädophile, süchtige oder gewalttätige Lehrkräfte) – rechtmässig, wie sie überzeugt war. Nach Einwänden der Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten entschlossen sich die Bildungsdirektoren dennoch, im Rahmen der Revision der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen eine explizite Rechtsgrundlage für die schwarze Liste zu schaffen. Das Vorhaben stiess bei allen Kantonen auf Anklang.²⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 09.10.2008
ANDREA MOSIMANN

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) forderte zudem eine landesweite **Gehaltserhöhung** für Lehrpersonen von 5,5%. LCH machte geltend, dass die Löhne im Unterrichtswesen zwischen 1993 und 2007 nur um 1,6% gestiegen seien, während im gesamten Dienstleistungssektor ein Lohnwachstum von 5,3% stattgefunden habe. Der Verband begründete sein Anliegen ferner damit, dass eine bessere Entlohnung unabdingbar sei, um die Konkurrenzfähigkeit des Berufs zu erhalten und vermehrt wieder Männer für eine Ausbildung an einer pädagogischen Hochschule zu motivieren.³⁰

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 14.06.2009
ANDREA MOSIMANN

Die Erziehungsdirektorenkonferenz möchte die **Lehrerdiplome für Kindergarten und Primarschule harmonisieren**. Im Mai unterbreitete sie den kantonalen Bildungsdirektoren, den pädagogischen Hochschulen und den Lehrerverbänden zwei Vorschläge zur Konsultation. Beide Entwürfe bedeuten eine Abkehr vom Modell des Generalisten, der alle Stufen und Fächer unterrichtet. Die erste Variante unterscheidet nach Alter – es gäbe ein Diplom für Kindergarten bis 2. Klasse und eines für 3. bis 6. Klasse. Die zweite Alternative differenziert nach Fächern – das Diplom würde vom Kindergarten bis zur 6. Klasse alle Stufen umfassen und die Studierenden müssten zwischen zwei Fächergruppen wählen.³¹

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 15.12.2009
ANDREA MOSIMANN

Im Berichtsjahr wurde nach 1999 zum zweiten Mal eine **Studie zur Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern** veröffentlicht. Im Vergleich zu 1999 hat die Arbeitszeit um 133 Stunden zugenommen. Zu den Ursachen für die zunehmende Arbeitsbelastung gehören insbesondere heterogene Klassen, mehr Elternarbeit und eine Ausweitung der administrativen Aufgaben. Aufgrund der Ergebnisse fordert der Lehrerverband eine Reduktion der Pflichtlektionenzahl von heute 28 bis 33 auf den europäischen Durchschnitt, also auf maximal 24 Lektionen. Auch Bildungsbehörden sehen Handlungsbedarf, für eine massive Aufstockung der Lehrpersonen fehlt in der Schweiz aber nicht nur das Geld, sondern es gibt auch zu wenig diplomierte Pädagogen. Als Alternative planen daher die Kantone Aargau, Thurgau und Zürich eine Entlastung von Klassenlehrpersonen durch Klassenassistenten. Im Kanton Bern läuft dazu seit August das schweizweit erste Pilotprojekt. Lehrkräfte die mit der Unterrichtssituation nicht mehr zurechtkommen, können sich beim Volksschulamt melden und dieses organisiert dann innert fünf Tagen eine Hilfskraft. Diese Assistenten stehen mehrere Wochen im Einsatz und werden gemäss dem Ansatz für Vikariate entschädigt. Neben ausgebildeten Lehrkräften, werden für den Assistenzdienst auch Personen aus verwandten Berufen und Hausfrauen eingesetzt.³²

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 11.05.2010
ANDREA MOSIMANN

In der Schweiz zeichnete sich ein **Lehrermangel** ab. Zwar hat die Anzahl der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen im Berichtsjahr weiter zugenommen, gemäss Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer werden aber weiterhin nur etwa halb so viel Lehrpersonen ausgebildet, wie nötig wären, um die stark zunehmenden altersbedingten Abgänge in den kommenden Jahren zu kompensieren. 2010 waren 35% der Schweizer Lehrerschaft über 50 Jahre alt.³³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2010
ANDREA MOSIMANN

Im Herbst forderte der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) für 2011 eine **Realloohnerhöhung von 5%**. Gemäss LCH hält die Entlohnung nicht mit den steigenden Anforderungen Schritt und der Beruf drohe dadurch unattraktiv zu werden. Vorschub für die Lohnforderungen bot auch eine Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers, die zeigte, dass die Lehrerschaft im Kanton Bern bis zu 5% weniger verdient als Personen in vergleichbaren Positionen in der Finanzbranche und der öffentlichen Verwaltung.³⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 15.09.2011
SUZANNE SCHÄR

Lehrerlöhne, Lehrerbildung und Lehrermangel waren im Berichtsjahr Dauerthema im öffentlichen Diskurs. Aufgrund der grossen kantonalen Unterschiede bei den Einstiegsgehältern befürchteten finanzschwächere Kantone, dass sich der Lehrermangel durch Abwanderung von Lehrpersonen in lohngünstigere Kantone verschärfen würde. Zur Rekrutierung von Quereinsteigern als unmittelbare Massnahme gegen den Lehrermangel forderten die SVP und die CVP eine praxisorientierte, verkürzte Lehrerausbildung. Im Spätsommer des Berichtsjahrs starteten an den Pädagogischen Hochschulen (PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), an der PH Zürich sowie an der PH Bern die ersten Jahrgänge mit der berufsbegleitenden Ausbildung. Als gängige Diplome anerkannt werden je nach Zielschulstufe eine abgeschlossene Berufslehre, die Fach-, die Berufs- oder die allgemeinbildende Matur, wahlweise mit Nachweis einer mehrjährigen Berufserfahrung. Je nach PH bestehen noch weitere Aufnahmebedingungen. Die beteiligten Kantone (FHNW: BS, BL, SO, AG; BE und ZH) akzeptieren die Abschlüsse gegenseitig. Angestrebt wird auch die gesamtschweizerische Anerkennung durch die EDK. Diese gab im September des Berichtsjahrs Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Diplomanerkennungsrechts in Anhörung.³⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.07.2013
GUILLAUME ZUMOFEN

L'association faïtière alémanique des enseignantes et enseignants suisses (Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, LCH) a indiqué que **le salaire des enseignants devrait augmenter de 20 pour cent**, à tous les niveaux d'enseignement, dans le cours des 5 prochaines années.³⁶

KANTONALE POLITIK
DATUM: 05.12.2014
GUILLAUME ZUMOFEN

L'intégralité des cantons romands, sauf Vaud, ont mis en place, ou alors envisagent, des **coupes budgétaires au niveau de l'éducation**. De nombreuses discussions sur les mesures d'économies liées à l'enseignement ont animé les débats, en particulier lors de la rentrée scolaire. Par exemple, le canton de Fribourg a supprimé plus de 40 postes d'enseignants à temps plein, ou encore le Valais a connu un référendum facultatif au sujet des différentes mesures d'austérités budgétaires liées à l'éducation. Le principal point d'interrogation s'est posé sur la question du lien entre mesures d'économies et qualité de l'éducation.³⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 04.04.2017
SAMUEL BERNET

Am 4. April 2017 veröffentlichte ein ehemaliger Schüler Jürg Jegges das Buch „Jürg Jegges dunkle Seite: Die Übergriffe des Musterpädagogen“, in welchem er dem bekannten Sonderschullehrer und Pädagogen vorwarf, ihn während seiner Zeit als Schüler sexuell missbraucht zu haben. Der mittlerweile 74-jährige Jegge erlangte in der Schweiz Bekanntheit nach der Veröffentlichung seines Buches „Dummheit ist lernbar“ im Jahr 1976, in dem Jegge die klassische Volksschule für ihre Behandlung von leistungsschwachen Schülern kritisiert hatte. Kurz nach Veröffentlichung des Buches seines mittlerweile 58-jährigen ehemaligen Schülers, am 8. April 2017, gab Jegge zu, dass es zwischen ihm und einigen seiner Schülern – Jegge sprach im Tagesanzeiger von „etwas unter zehn“ – zu sexuellen Kontakten gekommen sei. Er sei der Meinung gewesen, dass diese Kontakte in gegenseitigem Einvernehmen stattgefunden hätten und er sei damals überzeugt gewesen, dass „derartige Sexualität einen Beitrag leiste zur Selbstbefreiung und zur persönlichen Weiterentwicklung“, sagte Jegge gegenüber der NZZ. Diese Überzeugung habe er nicht alleine gehabt, vielmehr sei sie im „links-grünen Kuchen“ und gewissen pädagogischen Kreisen auch diskutiert worden. Die Medien kritisierten Jegge dafür, dass er, obwohl derart überzeugt von der pädagogischen Wirkung sexueller Kontakte zwischen Lehrer und Schülern, in seinem 1976 erschienenen und weitherum gefeierten Buch nichts von diesen „Praktiken“ erwähnt hatte. Ebenfalls starke Kritik ertete Jegge von Seiten der Medien dafür, dass er von einer Ebenbürtigkeit der Beziehung zwischen Lehrern und Schülern ausging und nicht erkannt habe, dass zwischen einem Lehrer und dessen minderjährigen Schülern ein Machtgefälle bestehe. Jegges Darstellungen liessen auch den Verdacht aufkommen, dass es sich beim **Fall Jegge** um keinen Einzelfall gehandelt hatte. Wenn er wüsste, dass es noch andere Pädagogen gegeben habe, die Sex mit ihren minderjährigen Schülern hatten, würde er es nicht sagen, so Jegge. „Ich war sicher nicht der Einzige“, meinte er im Interview mit der NZZ. Diese Aussage veranlasste Natalie Rickli (svp, ZH), im Nationalrat ein Postulat einzureichen. Mitte April gab die Staatsanwaltschaft Zürich bekannt, dass sie ein Vorabklärungsverfahren wegen Verdachts auf sexuelle Handlungen mit Kindern eingeleitet habe, dabei kam es auch zu einer Hausdurchsuchung bei Jegge. Bereits damals mutmassten jedoch einige Medien, dass allfällige Straftaten Jegges bereits verjährt sein dürften. Mitte Mai gab die Bildungsdirektion des Kanton Zürich bekannt, dass sie die Hintergründe des Falls Jürg Jegge abklären wolle. Mithilfe eines Rechtsexperten sollte die damals geltende Rechtslage bezüglich sonderpädagogischen Massnahmen aufgearbeitet werden, womit auch geklärt werden sollte, ob die Gesetze von den Behörden und den involvierten Personen eingehalten wurden. Zudem sollten die relevanten Akten so aufbereitet werden, dass sie für eine allfällige bildungshistorische Auswertung genutzt werden können.³⁸

POSTULAT
DATUM: 02.05.2017
SAMUEL BERNET

Am 2. Mai 2017 reichte Natalie Rickli (svp, ZH) das Postulat **Aufarbeitung des Falls Jürg Jegge und weiterer Missbrauchsfälle im Lichte der Reformpädagogik** ein. Die Aussagen Jegges würden zeigen, wie wichtig es sei, nicht nur den Fall Jegge, sondern die Geschehnisse der damaligen Zeit und die Auswirkungen der Reformpädagogik zu untersuchen, begründete Rickli ihr Postulat. Sie forderte den Bundesrat auf, in einem Bericht den Fall Jürg Jegge und weitere mutmassliche sexuelle Missbräuche an Kindern in Institutionen wie Schulen, Kirchen, Heimen oder Vereinen zwischen 1960 und 1989 aufzuarbeiten.³⁹

GERICHTSVERFAHREN
DATUM: 05.10.2017
SAMUEL BERNET

Anfang Oktober 2017 gab die Staatsanwaltschaft Zürich bekannt, dass sie das **Strafverfahren im Fall Jürg Jegge einstellen** werde. Es seien zahlreiche Personen kontaktiert worden, die als Jugendliche mit dem ehemaligen Sonderschullehrer Kontakt hatten und von Missbrauch hätten betroffen sein können. Der grösste Teil der Befragten habe dabei angegeben, dass es zu keinen sexuellen Handlungen zwischen ihnen und Jegge kam. Die in einigen Fällen geschilderten sexuellen Handlungen seien zum heutigen Zeitpunkt bereits verjährt. Die Staatsanwaltschaft liess noch eine Frist für

neue Beweisanträge laufen. Im Januar 2018 stellte die Zürcher Justiz das Verfahren gegen Jegge endgültig ein, wie der Wörterseh-Verlag mitteilte, jener Verlag, der das Buch mit den Vorwürfen gegen Jegge veröffentlicht hatte. Die Verfahrenskosten von CHF 4'400 wurden Jegge auferlegt. Die Kostenauflegung begründete die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich damit, dass Jegge sexuellen Kontakt zu Minderjährigen gestanden habe, womit er deren Persönlichkeit verletzt habe, unabhängig davon, ob die Taten verjährt seien oder nicht.⁴⁰

Berufsbildung

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.03.2012
GUILLAUME ZUMOFEN

Les membres de l'UDC ont attaqué frontalement le système actuel de **la formation des enseignants**, bâti sur les hautes écoles pédagogiques (HEP). En effet, le parti souhaite mettre en place un tout nouveau concept qui déplacerait la formation des enseignants dans les filières classiques de la formation professionnelle, avec l'obtention d'une sorte de brevet d'apprentissage d'enseignement. Les études ne seraient donc plus obligatoires pour devenir enseignante ou enseignant. L'UDC a montré du doigt des gens exagérément formés ou encore des dépenses trop élevées pour les HEP. Dans un contexte actuel déjà tendu, avec notamment de nombreux syndicats qui se sont inquiétés de la lourde pression qui pèse sur les épaules des enseignantes et enseignants, des moyens toujours plus limités et des classes surchargées, il est probable que ce débat encore embryonnaire fera couler beaucoup d'encre dans les années à venir.⁴¹

Hochschulen

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 07.10.2009
ANDREA MOSIMANN

Der Luzerner Bildungsdirektor Anton Schwingruber (cvp) gab im Juli bekannt, dass der Kanton Luzern aus dem **Zentralschweizer Lehrerbildungskonkordat** aussteigen will. Eine Studie des Luzerner Bildungsdepartements hatte gezeigt, dass durch einen Alleingang von Luzern Führungs- und Verwaltungsstrukturen abgebaut und der Koordinationsaufwand erheblich verringert werden könnte. Daraufhin hat die Regierung die Kündigung des Vertrags der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) beschlossen; diese muss vom Kantonsrat noch bestätigt werden. Die übrigen Konkordatskantone zeigten Unmut über den Entscheid von Luzern. Für Schwyz und Zug, die selbst PHZ-Standorte sind, hat der Ausstieg von Luzern weitreichende Konsequenzen, da ihre Schulen zu klein sind, um alleine zu bestehen und die beiden Kantone daher neue Kooperationsmöglichkeiten suchen müssen.⁴²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 19.11.2009
ANDREA MOSIMANN

Im Herbst fanden an den Universitäten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich **Studentenproteste** statt. Die Aktivisten an den drei Deutschschweizer Unis besetzten die Aulas und forderten bessere Lernbedingungen. Der Misstrauen der Studierenden richtete sich insbesondere gegen die Bologna-Reform. Sie kritisierten, dass das Studium immer mehr verschult und auf die Wirtschaft ausgerichtet werde und so Eliteuniversitäten entstünden. Allerdings wurde das Themenspektrum bald so stark ausgeweitet, dass die Proteste in einer Universalkritik gipfelten, die mit der Bologna-Reform nur noch wenig zu tun hatte. Ausserdem fehlte es den Besetzern an Rückhalt, da die Protestaktionen nur von einem kleinen Teil der Studierenden mitgetragen wurden und sich auch die studentischen Körperschaften davon distanzieren.⁴³

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 14.10.2015
MARC BÜHLMANN

Mitte Oktober präsentierte die **CVP** ihr aktualisiertes **Positionspapier zur Bildungspolitik**. Die Partei lobte das duale Bildungssystem – hochstehende schulisch-akademische Bildung auf der einen und leistungs- und arbeitsmarktorientierte Berufsbildung auf der anderen Seite – sah aber trotz hoher Qualität Handlungsbedarf. Herausforderungen wie der demographischen Entwicklung, der Migration, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder dem Zwang zu lebenslanger Weiterbildung müsse man mit einer Stärkung des gesamten Bildungsraums auf allen Ebenen, von der Volksschule bis zur Hochschule, begegnen. Sparprogramme auf Kosten der Bildung oder die „Verpolitisierung“ der Schule müssten verhindert werden, indem klare Zuständigkeiten von Schule und Politik definiert würden. Die CVP setze sich ausdrücklich für eine konsequente Umsetzung des Harmos-Konkordats und eine Aufwertung des Lehrerberufes ein. Für das Gymnasium würden kantonal einheitliche Qualitätsstandards gefordert und die Profile der drei Hochschultypen Fachhochschule, pädagogische Hochschule und universitäre Hochschule müssten beibehalten werden.⁴⁴

Verbände

Bildung

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 01.08.2019
CHRISTIAN GSTEIGER

Was der **Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer LCH** bereits im Juni 2018 nach einer Delegiertenversammlung bekannt gegeben hatte, wurde im August 2019 in die Tat umgesetzt: Der oberste Lehrer **Beat Zemp trat per 1. August 2019 als Zentralpräsident zurück**. Zemp besetzte das Amt seit 30 Jahren und hatte dieses dementsprechend mitgeprägt: Wie der LCH in einer Medienmitteilung festhielt, baute Zemp in dieser Zeit den Verband mit unterdessen 30'000 Mitgliedern zu einem von der Politik ernst genommenen Akteur aus. Auch in Deutschland und Österreich machte sich Zemp an internationalen Lehrerkonferenzen einen Namen. In Zemps Amtsperiode habe sich einiges verändert, wie der Tages-Anzeiger festhielt: 1991, also ein Jahr nach Zemps Amtsantritt, sei etwa das Ohrfeigen von Schülern durch Lehrpersonen noch erlaubt gewesen.

Als Nachfolgerin wurde die Primarlehrerin Dagmar Rösler gewählt, welche zuvor bereits sieben Jahre den Dachverband der Solothurner Lehrerinnen und Lehrer präsidiert hatte. Wie der Verband bekannt gab, werde Dagmar Rösler insbesondere die «Berufs- und Standesorganisation vorantreiben und die sprachregionale, nationale und internationale Bildungspolitik mitgestalten».⁴⁵

-
- 1) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 15.3.10 (6000/Frauen für Gleichstellung); TA, 20.4.10 (2000/Wirte zu MwSt); Bund, 28.6.10 (4000/für mehr Rechte für Ausländer); NZZ-So, 26.9.10 (1000/gegen Verfolgung von Christen); Bund, 25.11.10 (1200/Postangestellte gegen Rationalisierung); Bund, 1.11.10 (2500/gegen Sparmassnahmen bei der IV); BZ, 13.11.10 (4000/Lehrer für bessere Arbeitsbedingungen); BZ 4.10.10 (1000/Antifaschistischer Abendspaziergang, Linksautonome); Freiburg: BZ, 6.9.10 (2000/Gegen Schliessung Brauerei Cardinal); Genf: Bund, 1.11.10 (1500/Jugendliche für Konzertlokale); BAZ, 24.8.10 (2000 Velofahrer gegen Autoverkehr); Gösgen (SO): Bund, 25.5.10 (4000/gegen AKW); Zürich: TA, 29.11.10 (1500/ Protest gegen Annahme der Ausschaffungsinitiative); NZZ 12.4.10 (5000/ Solidaritätskundgebung für Tibet).
 - 2) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: NZZ, 12.3.12 (1000/Stilllegung der AKW Mühleberg und Beznau); NZZ, 20.3.12 (4000/Mehr Lohn für Physiotherapeuten); NZZ, 4.6.12 (10000/Tanz dich frei); Bund, 25.6.12 (5000/Gegen die Verschärfung der Asylpolitik); TA, 6.8.12 (1000/Für die Rechte von Nicht- Heterosexuellen) St. Gallen: NZZ, 13.12.12 (1500/Lehrer); Zürich: TA, 21.8.12 (1500/Albisgüetli-Tagung der SVP).
 - 3) LT, 12.1.19; SGT, 15.1.19; NZZ, TA, 19.1.19; WoZ, 24.1.19; Blick, 26.1.19; SGT, 1.2.19; BLZ, 2.2.19; AZ, 3.2.19; BLZ, Exp, TG, 4.2.19; AZ, TG, 9.2.19
 - 4) SN, 14.2.12.
 - 5) Presse vom 27.3.95.
 - 6) NZZ und SZ, 3.7.09 (Studie FedPol); Bund, NZZ und SGT, 25.8.09 (Studie Universität Zürich)
 - 7) NZZ, 26.01.01.
 - 8) AB NR, 2009, S. 732.; AB SR, 2009, S. 1303 f.; Mo. 09.3731; SZ, 10.12.09.
 - 9) Lib, NZZ, TG, 27.6.14; AZ, LZ, NZZ, 27.10.14; AZ, 28.10.14; TG, 18.12.14
 - 10) TA, 4.1.00; BaZ, 5.1.00.
 - 11) NZZ, 11.2.00.
 - 12) Presse vom 06.06.00.
 - 13) Presse vom 05.05.00; Presse vom 09.06.00; Presse vom 30.08.00; TA, 11.5.00; SGT, 13.5.00; Ww, 22.6.00; AZ, 23.11.00.; Ww, 28.9.00; Bund, 13.11.00.16
 - 14) TA, 10.8.00; NZZ, 29.7., 11.8. und 19.9.00.
 - 15) NZZ, 2.11.00; Bund, 3.11.00.
 - 16) Presse vom 3.11.00; NLZ, 22.12.00.
 - 17) Presse vom 4.11.00.
 - 18) NZZ, 23.11.00.
 - 19) Presse vom 13.08.01; Presse vom 14.06.01; Presse vom 19.06.01; Presse vom 25.06.01; Presse vom 29.11.01; SGT, 4.4.01; TA, 10.4.01; BaZ, 18.4.01; QJ, 24.4.01; NZZ, 29.5.01; NLZ, 15.6.01; NZZ, 5.4.01 und AZ, 11.5.01.13
 - 20) AB NR, 2001, S. 1662 ff., 1847 ff. und 1876 ff.; AB NR, 2001, S. 944.; AB SR, 2001, S. 761 ff., 932 ff. und 970 f.; BBI, 2001, S.6546 ff.; LT, 19.05.01.; Presse vom 02.05.01; SGT, 2.4. und 20.6.01; NZZ, 3.4. und 5.7.01.

- 21) NZZ, 31.1.02.
- 22) AB SR, 2002, S. 529 f.; BRG. 00.072
- 23) TA, 30.8.02.
- 24) Presse vom 5.11.02.
- 25) Presse vom 21.06.03.; WoZ, 25.6.03.
- 26) NZZ, 23.2.04.; Presse vom 07.02.04; Presse vom 20.02.04
- 27) Presse vom 24.11.04.
- 28) SGT, 30.6.04; NZZ, 28.8.04; LT, 26.11.04.
- 29) Presse vom 26.2.05.
- 30) NLZ, 9.10.08.
- 31) SZ, 14.6.09.
- 32) SGT und SZ, 9.12.09; TA, 15.12.09.
- 33) LT, 26.4.10; BZ, 11.5.10.
- 34) SGT, 23.6.10; NLZ und SZ, 16.9.10.
- 35) Medienmitteilung EDK vom 15.9.11.; SN, 15.2.11; TA, 21.2. und 20.5.11; LT, 2.5.11, NLZ, 31.10.11; SoZ, 22.5. und 7.8.11; BaZ, 11.6.11; SN, 15.7.11; TA, 22.8.11, NZZ, 16.9.11.
- 36) BaZ, Blick, LZ et TA, 2.7.13; LZ, 10.7.13.
- 37) TG, 13.8.14; LT, 5.12., 9.12.14; TA, 26.11.15
- 38) Medienmitteilung Bildungsdirektion Kanton Zürich, Aufarbeitung des Falls „Jürg Jegge...“, 16.5.17; Medienmitteilung Staatsanwaltschaft Kanton Zürich, Hausdurchsuchung bei ehemaligem Sonderschullehrer, 13.4.17; Blick, 5.4., 6.4.17; TA, 7.4.17; AZ, NZZ, TA, 8.4.17; So-Bii, SoZ, 9.4.17; LZ, WW, 13.4.17; SoZ, 16.4.17; NZZ, 24.4.17
- 39) Po. 17.3281
- 40) Medienmitteilung Staatsanwaltschaft Kanton Zürich, Verfahren gegen ehemaligen Sonderschullehrer soll eingestellt werden, 05.10.2017; AZ, 6.10.17; AZ, NZZ, TA, 23.1.18
- 41) 24H et NZZ 26.03.12; NLZ, 27.03.12; SGT, 27.03.12; NZZ, 28.03.12; SGT, 03.04.12.
- 42) NLZ, 9.7., 10.7. und 7.10.09.
- 43) NZZ, 13.11., 14.11. und 19.11.09; NLZ, 20.11.09; SGT, 4.12.09.
- 44) Medienmitteilung CVP vom 14.10.2015; Positionspapier Bildungspolitik CVP vom 14.10.2015
- 45) Medienmitteilung LCH vom 16.6.18; SGT, 17.6.19; TA, 16.7.19